ich verlegt nach Station A. 4 Nr. 188. Da ich nicht laufen konnte, wurden meine Knochen in's Bettuch genommen und hergetragen, wurden meine Knochen in's Bettuch genommen und hergetragen, bis mich heute mit aller Gewalt aufgerafft, um Euch zu schreiben, erhalte jetzt wieder 1½ Liter Hafergleichen täglich. Aber macht nichts.

„In uns die Fahne, unser Leben und Blutes
Ist Mitte unsterblich, wie Liebesglauben.
Genossen am alte Genossen! „Lieber Tod — als Sklave."
Kampf ist unser Leben und Freiheit unser Tod.
Es lebe die Weltrevolution, es lebe die kommunistische Gesellschaft.

Euer Max Schröder.

Gruß Max Schröder.

Da wir befürchten, daß mit den Papieren Unfug getrieben wird, ersuchen wir alle Ortsgruppen um peinlichste Aufmerksamkeit in diesem Falle. Es sind folgende Papiere: Invalidenkarte, Arbeitsbescheinigung von der Metallwerkstatt, Düsseldorf, Mitgliedskarte der KAPD. und AAU., Ortsgruppe Düsseldorf. Desgleichen Funktionärkarten tierten und eine politische Anerkennung. Alle Papiere lauten auf den Namen: Max Schröder, geb. 30. 1. 03. Braunschweig.

## Wirtschaft

### Kapitalistischer „Wiederaufbau" der Weltwirtschaft.

**Betriebseinstellungen und Lohnherabsetzungen in Amerika.**

Die Edison-Phonographenwerke in East Orange haben ihren Betrieb auf unbestimmte Zeit eingestellt. In Fall River haben sechs verschiedene Arbeiterverreinigungen der Textilindustrie mit 35.000 Mitgliedern einer Lohnherabsetzung um 20½ % zugestimmt, um die Fortführung der Betriebe zu ermöglichen.

**Herabsetzung der Löhne in der schwedischen Industrie.**

Die schwedische A.-G. Vereinigte Industrien hat ihren Arbeitern mitgeteilt, daß sie vor neuen Jahre an die Arbeitslöhne um 15—20 v. H. herabsetzen gezwungen sei. Die Metzgerei der Arbeiter hat sich mit der Herabsetzung einverstanden erklärt.

**Lohnabbau in England.**

London, 30. Dez. (EU.) In Gütern ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Eisenbahnbranche ein Abkommen getroffen worden, durch das die Löhne um 30 % herabgesetzt werden, von der Lohnherabsetzung werden 700 000 Arbeiter betroffen.

**Die Fordschen Automobilfabriken in Detroit, Amerika,** die auf Massenfabrikation eingerichtet, modernsten Fabriken dieser Branche, haben wegen Auftragsmangel — richtiger gesagt: wegen Absatzstockung, da Ford nämlich nicht auf Auftrag, sondern auf Lager arbeitet — vorläufig bis 1. Januar den Betrieb eingestellt. Das geschieht zur gleichen Zeit, wo Herr Ford, der Pacifist und Sozialpolitiker, in Deutschland Propaganda treiben will für Kraftpflüge. Das heißt: die unerhörten Löhne sind Herrn Ford zu hoch; er will seinen Profit in der Lohndrückerei der deutschen Arbeiter suchen.

## Jugend-Bewegung

**S.** Am 19. Dezember tagte in Essen die Bezirkskonferenz des Wirtschaftsbezirks Rheinland-Westfalen. Vertreten waren die Orte Aachen, Elberfeld, Düsseldorf, Essen, Oberhausen, Barmen. Zuerst wurde ausführlich die politische Situation behandelt, an der sich fast alle Delegierten beteiligten und dessen Ergebnis ein erfreuliches Zeichen der Einmütigkeit bot.

Es folgte der Bericht der Reichskonferenz. Auch an ihm schloß sich eine lebhafte Diskussion, besonders über das Organisationsstatut.

Beim nächsten Punkt „Organisationsfragen" wurde vorerst der Delegierte zum Zentralausschuß gewählt. — Schwan wurde das Organisationsstatut des Bezirks dem Reichsstatut angepaßt. — Wenn der Bezirk bisher mit dem organisatorischen Aufbau zu tun hatte, muß jetzt die Agitation einsetzen. Ebenso werden in nächster Zeit Versammlungen stattfinden müssen. Am 15. Januar ist Belegenheit, zu zeigen, daß wir eine revolutionäre Bewegung sind und die Erben unserer Vorkämpfer.

Das Ergebnis der Konferenz ist ein erfreuliches Zeichen der Kraft- und Selbstbewußtseinsentwicklung. Aufgabe der nächsten Bezirkskonferenz wird es sein, Stellung zu nehmen zu den zur Diskussion stehenden internationalen Jugendkongreß, der für uns von ungeheurer Wichtigkeit ist und dessen gründlichste Erörterung die größte Aufgabe unserer Mitgliedschaft ist.

## Aus Groß-Berlin

**Protestfest — Resolution.** Die Mitgliedschaften der KAPD. haben nach regster Diskussion einstimmig die untenstehende Resolution der achten vereinigten Funktionärsitzung der KAPD. und AAU. angenommen. Leider ist in der Union darüber noch nicht beschlossen worden. Die 32er-Kommission regte den Abdruck dieser Resolution an. Es ist nun Sache der Mitglieder, zu der Erklärung ihrer Funktionäre Stellung zu nehmen. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Genossen der KPD. durch Annahme dieser Erklärung zeigen, bis zu welcher Höhe ihr Klassenbewußtsein geschärft ist.

Resolution:

In Kundgebung der Forderung des Partei-Programms der KPD., die revolutionären Ansichten in Kunst und Wissenschaft zu unterstützen, fordert die Funktionärversammlung der KAPD. und AAU. die Mitgliedschaften auf, über folgende Erklärung abzustimmen:

„Durch die bürgerlichen Volksbildungsämter, Kino und Büchern wird das Selbstbewußtsein der Arbeiter gelähmt.

Die KAPD. und AAU. fordern ihre Mitglieder auf, daß der Schätzen dieser bürgerlichen „Kultur"-Einrichtungen bewußt zu werden und vor allen Dingen das Kino und die bürgerlichen Bücher zu meiden und aus der kleinbürgerlichen „Kultur" heraus zu treten.

Die KAPD. und AAU. sehen im Proletarischen Theater eine gute Waffe im Befreiungskampf der Arbeiter und fordern ihre Mitglieder auf, mit allen Kräften am Aufbau dieser ihrer eigenen Bühne teilzunehmen, Mitglieder zu werben und zu werben."

Entsprecht euch bald, Genossen, damit wir an der Verwirklichung dieser Erklärung, durch einer Bertunen geschickt, arbeiten können.

## Für die Notgardisten!

Es gingen ein:

| | |
|---|---|
| Firma Reinert, Charlottenburg | 20,00 Mark |
| 15. Bezirk | 30,75 „ |
| 14. Bezirk | 15,10 „ |
| 5. Bezirk | 7,00 „ |
| Liste 1 der Kaffenamme der Emmelgruppe, Neumbert a. d. E. | 57,00 „ |
| KAPD. Hettstedt | 200,00 „ |
| KAPD. Essen | 300,00 „ |
| KAPD. Frankenhain i. Th. | 53,90 „ |
| | 642,85 Mark |
| und | 8897,42 „ |
| | 9580,27 Mark |

Ferner lieferten ab: 15. Bezirk: 10 Pack Tabak. 14. Bezirk: 100 Stück Zigaretten. 4. Bezirk: 1 Stück Seife, 2 Schachteln Wichse. 2. Bezirk: 300 Zigaretten. 3. Bezirk: 2 Kinderkleider, 2 Pakete Tabak, 2 Paar Strümpfe, 1 Schal, 1 Kopfschützer, 2 Paar Pulswärmer, 2 Mützen, 1 Hemd, 1 Sweater, 1 Paar Kinderschuhe, 31 Gummiringer. 13. Bezirk: 1 Paar Hosen, 1 Unterhose, 1 Rolle Garn, 2 Stoppnadeln, 2 Nähnadeln, 1 Hemd, 1 Bluse, 1 Schwesternhaube, 1 Sommerhütte, 2 Halstücher, 1 Schal, 4 Taschentücher, 1 Paar Strümpfe, 2 Kopfkissenbezüge, 49 Stückerbindeseln, 2 Scheren, 1 Paar Pulswärmer, 1 Paar Lederschuhe, 1 Paar Kinderschuhe, 1 Paar Holzschuhe, 1 Taschenmesser, 1 Feuerzeug, 1 Bleistift, 2 Karten (Weihnachts, Luxemburg), 2 Pfund Kaffeemehl, 2 Pfund Reagenmehl, 2 Pfund Gerstenmehl, 2 Dutzen Kleiderknöpfen, 1 Dutzen Erbsen, 1 Sweater, 1 Karten Zigaretten (100 Stück), 1 Scheere, 5 Briefe Mähnadeln, 1500 Gramm Deutmarken, 1 Paar Hosenträger, 1 Paar Handschuhe, 2 Halsbinden, 2 Taschentücher, 1 Paar Fußlappen, 1 Knäuel Garn mit 8 Nadeln, 1 Kiste (enthaltend: 3 Mützen, 2 Kilten Hafer, 12 Stück Pfefferkuchen), 1 Kiste (enthaltend: 2 Pack Tabak, 120 Zigaretten, 4 Rollen Garn, 1 Brief Nähnadeln, 5 Bleistifte, 1 Kitschen; enthaltend Schreibhefte, Nähnadeln, Stecknadeln, 4 Fingerhüte, 2 Scheren, 2 Spiegel, 5 Federhalter, 5 Taschenmesser, 24 Bleistifte, 1 Brief Schreibstiftnadeln, 2 Unterröcke, 2 Paar Strümpfe, 1 Schere, 1 Puste. Firma Reinert, Charlottenburg, 2 wollene Decken. 16. Bezirk: 1 Liebknecht Bild, 1 Liebknecht-Karte, 1 Luxemburg-Karte.

Unterstützungskommission der KAPD. und AAU. 100 Zigaretten. 2. Bez.: 1 Schachtel Tabak, 4 Gummiringer, 5 Liebknechtkarten, 5 Luxemburgkarten, 5 Erinnerungsmünzen.

Der Hauptkassierer.

## Mitteilungen

**Achtung, Kursleiter-Konferenz.** Der Kursus der Funktionäre über das kommunistische Manifest findet am Mittwoch, den 5. Januar, wiederum in der Schule statt. Es ist Pflicht der Funktionäre, die den Kursus begonnen haben, zu erscheinen. Genossen, bringt den Text des K. Manifestes mit.

Der Genosse Geisler ist aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er sich in der Frage der Arbeitslosenhilfe den Grundsätzen der Partei nicht gefügt hat.

14. Bezirk, Wilmersdorf. Genosse Pollet ist wegen parteischädigender Arbeit aus der Partei ausgeschlossen worden.

### Versammlungskalender:

**Achtung! Mitglieder des 14. Bezirks (Wilmersdorf).** Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am Freitag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal von Lehmann, Wilmersdorf, Berliner Straße 104, statt. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

•

**18. Bezirk (Elchenberg).** Freitag, den 7. Januar, abends 7 Uhr pünktlich, im bekannten Lokale, außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Jeder Genosse muß erscheinen.

•

**18. Bezirk, Gruppe Kleinglienicke.** Donnerstag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, öffentliche Vollversammlung im Bahnhofshotel Schulz. Sorgt für Massenbesuch!

•

**Ortsgruppe Spandau, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Spandau-Osthavelland.** Mittwoch, den 5. Januar, abends 7½ Uhr im Alpen-Franz, Stadtmeier Straße. Mitglieder-Versammlung. Mitgliedskarte ist mitzubringen.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin
Druck und Verlag der S. A. P. D., Berlin

## Achtung! Genossen aus Hannover!

Die unpünktlichen Mitglieder-Zusammenkünfte finden bis auf weiteres jeden Freitag nach dem 1. u. 15., abends 7½ Uhr, in der „Alten Börse" statt; die regelmäßigen Sitzungen des Akt.-Ausschusses an jedem Dienstag nach dem 1. u. 15. Besonder Einladungen erfolgen nur noch zu außerordentlichen Zusammenkünften.

Die nächste Zusammenkunft ist am

**Freitag, den 14. Januar, pünktlich 7½ Uhr**

und gilt als

**außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**

Wichtige Tagesordnung! (Wird in der Versammlung bekanntgegeben.)

**Genossen! Erscheint vollzählig!**

Der Aktions-Ausschuß.

## 12 Arbeitslosen-Versammlungen!

**Thema:**

1. **Wollen wir betteln oder kämpfen?**
2. **Politische oder wirtschaftliche Räte?**
3. **Neuwahl!**

**Freie Aussprache!**

**Am Mittwoch, den 5. 1. 1921, mittags 1 Uhr:**

Moabit, Stadttheater, Alt-Moabit,
Osten, Königstadt, Gr. Frankfurter Straße,
Westen, Boltshaus, Rosinenstr., Charlottenburg,
Norden, Schulaula, Müller-, Ecke Triftstraße,
Süden, Unionsbrauerei, Hasenheide,
Südwest, Gesangsaal Feskiale, Kommandantenstraße.

**Am Donnerstag, den 6. 1. 1921, mittags 1 Uhr:**

Zentrum, Neuköln, Landsberger Straße 81,
Weißensee, Turnhalle, Pistoriusstraße,
Oberschöneweide, Stadttheater, Alter Marktplatz,
Pankow, Schulaula, Schmidtstraße (2 Uhr mittags),
Spandau, Germaniasäle, Stresemannplatz (11 Uhr),
Reinickendorf, Bürgergarten, Hauptstraße (10 Uhr).

Die politische Arbeiterpartei der Erwerbslosen.

# 4 gr. öffentliche Versammlungen

**Mittwoch, den 5. Januar, abends 7 Uhr:**
Kliems Festsäle, Hasenheide,
Horns-Säle, Müllerstraße.

**Donnerstag, den 6. Januar, abends 7 Uhr:**
Schwarzer Adler, Schönberg, Hauptstr.,
Cäcilien-Lyzeum, Lichtenberg, Rathausstraße, am Bahnhof Frankfurter Allee.

Thema:

**„Warum gehört die Kommun. Arbeiter-Partei zur 3. Internationale?"**
(Bericht unserer Delegation).

Diskussion.

Proletarier! Erscheint in Massen!

Am 1. Januar erscheint:

## „Der junge Genosse"

Internationale Zeitung für Arbeiterjugend.
Ausgabe für die deutschsprachigen Länder.
Herausgegeben vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

Schriftleiter: Edwin Hoernle.

Die Zeitung erscheint regelmäßig am 1. und 15. jeden Monats im Umfang von 8—12 Seiten. Durch einen gediegenen Inhalt und gute bildliche Ausstattung wird das neue Organ Eingang bald gastrische Freunde unter der Jugend des revolutionären Proletariats finden. Um die Auflage festzustellen, werden die Genossen und Genossinnen, besonders aber die Leiter von Kindergruppen, Sonntagsschulen, Elternvereinigungen und Elternbeiräte gebeten, sofort die Zahl der gewünschten Exemplare anzugeben. Der Preis der Einzelnummer wird sich auf etwa 30 Pfg. belaufen. Für Organisationen Erhöhung. Bestellungen sind zu richten an den Verlag „Der junge Genosse", Berlin, Markgrafenstraße 6.

Jan. 1921

Nr. 100.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme von Montag in Berlin. — Preis in Berlin 20 Pfg. pro Nummer. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und die Verkaufsstellen. — Postscheckkonto Berlin 7500 (p. 4000).

Redaktion u. Expedition Berlin SW 48, Wilhelmstr. 32 IV
Geöffnet täglich außer Montags von 2—5 Uhr nachmittags

Verlag und Auslieferung Unter Ausschluß 4,00 Mk., ohne Bestellgeld 3,00 Mk., monatlich; durch den Briefträger unter Ausschluß 5,00 Mk., ohne Bestellgeld 4,00 Mk. monatlich.

## Eisenbahnerstreik?

Die Urabstimmung unter den Eisenbahnern über den Streik ist in diesem Augenblick noch im Gange. Aus den Nachrichten, die bis jetzt vorliegen, zeigt sich zweierlei. Nämlich erstens, daß diese Urabstimmung von der Gewerkschaftsbürokratie bereits in einer Form eingeleitet worden ist, die dazu bestimmt ist, aus der ganzen Bewegung ein grobes Betrugsmanöver zu machen und der Bürokratie jederzeit ein Hintertürchen offen zu lassen; zweitens, daß die Eisenbahner überall kampfentschlossen sind, als ihren hohen Bonzen angenehm sein wird.

Die Fragen, über die abgestimmt wird, lauten nicht etwa so, ob jetzt oder zu einem bestimmten Zeitpunkt oder zur Erzwingung bestimmter Forderungen in den Streik getreten werden soll, sondern einmal, ob man durch den Beschluß des Reichstags zufriedengestellt sei, sodann ob das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, angewandt werden soll. Es ist ganz klar, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Fragestellung in dieser ganz allgemeinen Form gewählt hat, um dadurch die Bewegung auf ein totes Gleis zu schieben. Aus der Verelendung, zur Erzwingung des Existenzminimums in den Kampf tatsächlich und in allernächster Zeit einzutreten, versucht man etwas ganz anderes zu machen, nämlich einen Majoritätsbeschluß darüber, ob die Eisenbahner grundsätzlich an dem Gedanken des Streiks, an ihrem Recht zum Streik festhalten. Der Kampf soll also nicht begonnen, soll nicht geführt werden — eine papierene Prinzipienerklärung soll die erregten Gemüter der hungernden Eisenbahner befriedigen, das erhebende Bewußtsein abgestimmt zu haben und „dafür" gewesen zu sein, soll ihnen die Tage des Elends vergolden. Es ist als wenn man einem schönen Mädchen, anstatt es zu erobern, einen glühenden Liebesbrief schriebe, den man dann nicht einmal abschickt.

Die Eisenbahner selbst aber werden in ihrer überwiegenden Majorität die Abstimmungsformel verdammt viel ernster nehmen. Die großen Zahlen, die aus zahlreichen Bezirken für Streikbereitschaft gemeldet werden, im Durchschnitt etwa 85 Prozent, sprechen von einem starken und gesunden Solidaritätsgefühl, von einem wirklichen, durch die Not erzwungenen Kampfwillen. Gewiß werden noch viele unter denen, die grundsätzlich für den Streik stimmten, sich wünschen, es möge doch lieber noch einmal so ablaufen, im Guten, mit einem Entgegenkommen der Regierung. Aber durch die Abstimmung selbst verpflichten sich auch diese Vorsichtigen, im Kampf ihren Mann zu stehen. Schuldner an Schulter mit den Kollegen, wenn es schon sich nicht vermeiden lassen sollte. Auch ist sicher, daß ein einfaches, klares proletarisches Denken, wie man es bei der Mehrheit der Abstimmenden doch voraussetzen darf, sich den Teufel kümmert um die verlogenen Tüftteleien, die sich die krummen Gehirne der Bonzen ausgedacht haben, sondern nur das eine weiß: Streik oder nicht, Kampf oder nicht. Und wenn 85 Prozent der Eisenbahner für den Streik stimmen, so kann man zweifellos sagen: die überwiegende Mehrheit ist für den Kampf zur Erzwingung ihrer Forderungen.

Anders die Bonzen. Sie wollen mit dem Abstimmungsergebnis herumfuchteln können, wollen es gebrauchen als Holzschwert in dem Schlingefecht mit der Staatsbürokratie und wollen dann mit irgendwelchen Teilresultaten kommen und sagen: Ihr habt erklärt, mit den Reichstagsbeschlüssen nicht zufrieden zu sein — seht, wir haben mehr herausgeschlagen, so viel als eben möglich war, wir haben mit Eurem Streikbeschluß gedroht, nun seid hübsch zufrieden — der Streikbeschluß hat seine Wirksamkeit gehabt, stellen wir ihn in die Ecke.

Um diese Schurkenpraxis durchführen zu können, müssen die Bonzen vor allem Zeit gewinnen. Sie kalkulieren richtig, daß die durch die Abstimmungsdebatten auf einen Punkt konzentrierte Aufmerksamkeit und Entschlossenheit der Eisenbahner zunächst einmal zerstreut werden muß. So gab man denn am 4. abends den Kampfbereiten, Notleidenden etwas zu lesen:

Der Sechzehner-Ausschuß der unterzeichneten Verbände erläßt folgenden Aufruf:

An die Eisenbahner!

Die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen der Eisenbahner-Organisationen sind am Montag, den 3. Januar, aufgenommen worden und werden am Mittwoch, den 5. Januar, im Reichsarbeitsministerium fortgesetzt. Die Regierung hat die Bereitwilligkeit ausgesprochen, innerhalb der Grenzen des Möglichen alles zu tun, um die Notlage der Beamten und Arbeiterschaft zu beheben. Die Regierung ist auch gewillt, die Verhandlungen mit festen Resultaten zu beschleunigen und im Benehmen mit den Ländern so rasch wie möglich eine Vorlage auf den Reichstag zu bringen, der sie gleichfalls vorgeschlagen verabschiedet wird. Wir fordern sämtliche Eisenbahner auf, die Fortsetzung der friedensfördernden Vereinbarungen jetzt möglich zu fördern und deshalb Aktionen zu unterlassen. Wünsche es zu solchen kommen, so rufen die unterzeichneten Organisationen vorsorglich heute auf. Ueber die Verhandlungen wird, sobald positive Ergebnisse feststehen, eingehend berichtet werden.

Deutscher Eisenbahnerverband.
Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter.
Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, Allgemeiner Eisenbahnerverband.

Also das ganze alte Arsenal zur Verdummung und Irreleitung der Massen. Erst großes Tamtam, dann „führt die Verhandlungen nicht", dann inhaltsloses Geschwätz über diese Verhandlungen, der hypnotisierende Hinweis auf all den bürokratischen Formelkram: „Benehmen mit den Ländern" — Vorlage — Reichstag usw. Der glatte Extrat des Sechzehnerausschusses ist für jeden, der sehen will, mit diesem Aufruf schon bewiesen. Wenn es aber noch weiterer Beweise bedarf, so sind sie gegeben mit den halbsozialistischen Aeußerungen, die man aus der Abendausgabe der offiziösen „Deutschen Allgemeinen Eisenbahn-Zeitung" entnehmen kann.

Die gestern im Reichsfinanzministerium eröffneten Verhandlungen mit den Vertretern der Beamten haben, nach den Informationen einer Berliner Korrespondenz, einigermaßen Klarheit darüber gebracht, welche Mehrbelastungen für das Reich bei Bewilligung der erhobenen Ansprüche entstehen würden. Die Regierung, die bereits ein fest umrissenes Programm für die Erhöhung der Teuerungszuschläge geschaffen hat, rechnet nun damit, daß etwa zwei Milliarden Mark jährlich notwendig sein werden, um entsprechend der Orts-Klassenaufstellung eine Erhöhung in allen Gehaltsklassen vornehmen zu können. Würden die Wünsche der Beamten in der vorliegenden Forderung berücksichtigt werden, so müßte das Reich etwa 4 Milliarden jährlich mehr aufbringen. Die bei den vorgen und am Freitag wieder beginnenden Konferenzen wird von beiden Seiten Entgegenkommen gemacht werden müssen, so wird man immerhin damit rechnen müssen, daß der Etat mit drei bis vier Milliarden jährlich mehr belastet werden wird.

Ganz simpel und einfach sind die Zahlen: 2 Milliarden, bietet die Regierung, 6 Milliarden fordern die Eisenbahner, auf 3—4 Milliarden sicht man nach den ersten Verhandlungen die Kompromißsumme. Mit andern Worten: das Existenzminimum der Eisenbahner würde eine Jahressumme von 6 Milliarden erfordern, und man denkt

## Flensburg.

### Ein blutiger Ueberfall auf die Arbeiterschaft.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der Mord der Sipo an dem Flensburger Genossen Hoffmann, der wieder einmal das Opfer eines jener berüchtigten „Fluchtversuche" geworden ist, hat die Flensburger revolutionären Arbeiter offenbar aufs äußerste erbittert. Diese Tatsache ist von der Konterrevolution, vermutlich unter Mithilfe von Spitzeln, zu einem Aderlaß an der revolutionären Arbeiterschaft benutzt worden. Das Bewußtsein eines starken Rückhalts, daß die Schandtaten der bürgerlichen Justiz und polizeilichen Kapitalsknechten nicht länger unbeantwortet bleiben dürfen, führte zu Demonstrationen vor der Sipo-Kaserne. Als man die demonstrierende Menge, die die Beerdigung der Mörder Hoffmanns forderte, glücklich weit genug gereizt hatte, wurde den Mordgesellen der weißgardistischen Bauernjungen freier Lauf gelassen.

Wir geben zunächst folgende Meldung des Wolff-Bureaus wieder:

Flensburg, 5. Januar. (WTB.) Dieser Tage wurde hier der Kommunist Hoffmann, der von der Polizei wegen gewisser Ausschreitungen verhaftet worden war und angeblich flüchten wollte, erschossen. Anläßlich der Beerdigung des Erschossenen kam es gestern zu Zusammenstößen. An der Beerdigung nahmen viele Kommunisten und Arbeiter und Arbeiterinnen teil. Aus Hamburg und anderen Orten waren viele Kommunisten herbeigekommen, und es wurden aufreizende Reden an die Menge gehalten. Nach Abhaltung zweier Kommunistenversammlungen zogen etwa 400 Personen vor die Sipo-Kaserne, um dort einzudringen. Die Polizei verteidigte sich zunächst mit Feuerspritzen und Schreckschüssen. Als gegen 11 Uhr abends die Menge durch das äußere Tor der Kaserne eindrang, wurde auch scharf geschossen, wobei es auf seiten der Demonstranten sieben Tote und 22 Verwundete gab. Auf seiten der Polizei wurde ein Beamter verwundet. 40 Personen wurden verhaftet, darunter der Führer der Flensburger Kommunisten. Noch in der Nacht verbreiteten die Mehrheitssozialisten ein Flugblatt, worin sie von den Demonstranten abrücken, Bestrafung der Ausschreitungen und die Arbeiter zur Rückkehr in die Betriebe auffordern. Dieser Aufforderung ist man heute morgen bereits vielfach nachgekommen. Gegenwärtig herrscht in Flensburg wieder Ruhe.

Die Konterrevolution veranstaltet Mauscher. Sie gewöhnt ihre Horden aus Scharfschießen. Sie lechzt nach dem Blut der unbequemen Proleten. Die Arbeiter müssen sich klar machen, daß sie den bewaffneten Landsknechten des Kapitals schutzlos aus Messer geliefert sind, solange sie selbst waffenlos sind. Die Arbeiter selbst müssen die Entwaffnung und Aburteilung der Flensburger wie der Marburger und aller anderen Arbeitermörder aus eigener Kraft erkämpfen. Sie muß und wird mit aller Schärfe auch jene mehrheitssozialistischen Arbeiterverräter treffen, die hier wie immer die getreuen Zutreiber der weißen Gauner gespielt haben.

### Verrat an den Eisenbahnern geplant!

Die Verhandlungen haben wieder einmal, wie immer, zu einem schmählichen Kompromiß geführt. Wolff meldet:

Am 5. Januar wurde zwischen dem Sechzehnerausschuß der Eisenbahner und Vertreter des Reichsverkehrsministeriums über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter verhandelt. Es kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande:

Für die Beamten soll mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres an der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt und Ortszuschlag von 60 Proz. auf 70 Proz. in Ortsklasse A, auf 65 Proz. in Ortsklasse B, auf 60 Proz. in Ortsklasse C und auf 55 Proz. in den Ortsklassen D und E erhöht werden.

Für die Arbeiter soll zu gleichem Zeitpunkt an der Stundenlohn in der Ortsklasse A um 50 Pf., in Ortsklasse B um 40 Pf., in Ortsklasse C um 30 Pf., in Ortsklasse D um 20 Pf. und in Ortsklasse E um 10 Pf. erhöht werden; außerdem soll in wichtigen Betrieben durch weitere Ueberteuerungszuschläge in durch hohe Industriekosten besonders beeinflußten Orten im Rahmen der bisherigen Richtlinien nachgeholfen werden.

Der Vorsitzende der Verhandlung, Staatssekretär Gilsen, erklärte sich bereit, diesen Einigungsvorschlag dem Reichsverkehrsminister in der Reichsregierung zu empfehlen.

Man vergleiche damit die ursprünglichen Forderungen: für die Beamten Erhöhung des Teuerungszuschlags auf 90 Prozent (bewilligt 55—70 Prozent), für die Arbeiter eine Zulage von M. 1.— für die Stunde (bewilligt 10—50 Pf.).

Die Eisenbahner sind wieder einmal an der Nase herumgeführt. Alles kommt jetzt darauf an, ob sie entschlossen sind, für die volle Höhe ihrer Forderungen zu kämpfen, ob sie die Energie aufbringen, sich von ihren Bonzen nicht auf weiteres Abwarten vertrösten zu lassen, sondern ihnen rund heraus zu erklären: Wir sind mit eurem Schacher nicht zufrieden!

daß man sie um 2—3 Milliarden dieses Existenzminimums betrügen kann. Die Gewerkschaftsbürokratie legt es nicht etwa darauf an, für das Existenzminimum zu kämpfen, sie legt es vielmehr darauf an, für ein Lumpenkostes Bezahlungen — nicht zu kämpfen, sondern zu verhandeln. Anstatt die Eisenbahner zu fragen: wollt ihr für insgesamt 6 Milliarden streiken? — sagt man ihnen: blos 2 Milliarden — das ist zu wenig — da werdet ihr wohl streiken; aber 3—4 Milliarden: das ist schon mehr, man noch immer nicht genug zum Leben, aber doch genug um auf den Kampf zu verzichten.

Etwa so, als sagte man einem schlotternden Mannes, der nackt und bloß in der Kälte arbeitet: es weht hier bisschen einen ganzen Anzug; du bist kaputt, du hast den ganzen Anzug zu haben; aber so ziemlich heap, dann kriegst du den Guten eine Hose, verzichtest auf die Jacke und frierst eben oben weiter. Hauptsache: du hast die nicht durchaus, die selber zu holen, was du brauchst.

Wir fordern die Eisenbahner auf, höchste Wachsamkeit zu üben, sich auf keinen Kuhhandel und auch keinen beschränkten Mindestforderungen einzulassen und zu verhindern, daß ihre solidarische Kampfbereitschaft von den Gewerkschaftsbürokratie schnöde mißbraucht wird zu Scheinaktionen und Zerspliterungsordnungen.

Es wird nicht ausbleiben, daß man den Eisenbahnern die Zahlungsunfähigkeit des Staatsfiskus unter die Nase hält. Ganz abgesehen davon, daß darauf zu erwidern wäre mit dem Hinweis auf die Anleihezinsen und die Milliardenentschädigungen für sogen. „Kriegsschäden" des deutschen Kapitals, kann man auch für die Eisenbahn speziell nachweisen, wo die Gelder bleiben. Die oben zitierte offiziöse Mitteilung über die Verpachtungen im Reichsfinanzministerium fährt nämlich folgendermaßen fort:

Außerordentlich interessant waren die Mitteilungen, die der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Generaldirektor Wieleitner, über die Defizitwirtschaft der Eisenbahnen und über die Mittel und Wege einer Besserung des wirklichen finanziellen Lage der Reichsbahnen machte. Nach seinen Ausführungen besteht ein Ueberschuß an Beamten bei der Eisenbahn nicht, da der Achtstundenarbeitstag, der zweiwöchige Urlaub und die Neuregelung des Dienstes den Personalbedarf gegen die Friedenszeit um 25—27 Prozent gesteigert haben. Die Verteilung der Beamten ist infolge der Umbauungen sehr ungleich, so einzelne Direktionsbezirke Beamte über den Bedarf hinaus besitzen, während in anderen Direktionen ohne infolge der Unmöglichkeit einer Unterbringung Mangel an Personal besteht. Die Ausgaben für Material usw., die um 3000—4000 % aufgewachsen sind, seien so außerordentlich hoch, daß auch wenn das rund eine Million betragende Personal der Reichseisenbahnen keinen Pfennig Gehalt bekäme, doch immer noch ein erheblicher Defizit verbleiben würde.

Für wen also hungern und frieren die Eisenbahner? Für die Aktionäre der Reichsbahnen, die Stinnes und Wolfgarten, deren Reichtum ohne [illegible] der Materialieneinpeitschen [illegible] — dann kommen die Unterschichten und Schichten — noch lange nicht.

Im folgenden die bis jetzt vorliegenden Abstimmungsergebnisse:

Magdeburg. Im Eisenbahnerverkehrsbezirk Magdeburg stimmten 96 Prozent der Mitgliedschaft der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbahnen über die Streikfrage ab. Zu Frage 1, ob sie mit den Beschlüssen des Reichstags einverstanden sind, stimmten 86 Prozent mit Nein; zu Frage 2, ob sie bei letzte gewerkschaftliche Mittel, den Streik, anwendet werden soll, stimmten 92 Prozent mit Ja.

Mainz. Bei der Abstimmung der Eisenbahner der Direktion Mainz stimmten 82,4 Prozent für Beibehaltung aller Gewerkschaftsmittel. Die Beteiligung betrug 88 Prozent.

Königsberg. Bei der Abstimmung über die Frage, ob sie damit einverstanden sind, daß die Regierung die Streikmittel verwenden soll, haben in Königsberg 84 vom Hundert und in ganz Ostpreußen 89 vom Hundert der Eisenbahnarbeiter für den Streik gestimmt.

Bremen. Der endgültige Ergebnis der Abstimmung der Eisenbahner in Bremen liegt inzwischen vor. Danach haben sich 75 Prozent der Eisenbahner bei einer Beteiligung von 90 Prozent für den Streik ausgesprochen haben.

Hamburg. Das endgültige Ergebnis der Abstimmung im Eisenbahnerverkehrsbezirk Altona ist wie folgt. Von 11 137 gültigen Stimmen wurden abgegeben 9677 für den Streik gegen 14, 2 Prozent, 1760 gegen den Streik gleich 15,8 Proz. Die Beteiligung war 92,8 Prozent.

Hannover. Die „Deutsche Eisenbahnerzeitung" berichtet unter der Überschrift: Der Reichsverkehrsminister hat eine Abstimmung über einen eventuellen Streik stattgefunden. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Abstimmung zum Beschluß von über 1000 Stimmen für den Streik ergeben.

Erfurt. 85 Prozent der Eisenbahnkonten und -anwärter haben an der Abstimmung teilgenommen. 90 Prozent sprachen sich dabei für die Durchsetzung der Forderungen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln aus.

Nordhausen. Die Abstimmung im Bezirk der Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. ergibt als Gesamtbild, daß über 90 Prozent der Eisenbahner für den Streik sind, sowohl in der Stadt Frankfurt a. M., wie auch auf dem Lande." In Frankfurt haben von 3916 Abstimmungsberechtigten 3766 für den Streik gestimmt.

Mainz. Eine Urabstimmung unter den technischen Eisenbahnbeamten Mainz, woran sich 91,5 Prozent beteiligten, ergab folgendes: Ich wurden abgegeben auf die erste Frage: „Werden wir durch den Beschluß der Reichstags zufriedengestellt" mit Ja 13 Stimmen, mit Nein 563 Stimmen. „Auf die zweite Frage: „Wenn nicht, soll das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, angewendet werden?", mit Ja 494 Stimmen, mit Nein 118 Stimmen. Enthaltungen waren 55 Stimmen.

Die Dienstag abend wegen in der Reichstagsentschließung abgegebene Stimmen gezählt worden, von denen 124 500 für den Streik gestimmt haben. Die Beteiligung an der Abstimmung schwankte zwischen 70 und 98 Prozent. Nur in einem Bezirk nämlich in Kassel, wurde die Zweidrittelmehrheit für den Streik nicht erzielt. In Cassel haben 79 Prozent für den Streik gestimmt. In der Abstimmung haben sich rund 80 Prozent der Eisenbahner beteiligt. Kommunistische Versuche, die auf sofortige Arbeitsniederlegung im Eisenbahnbetrieb hinausgingen, hatten keinen Erfolg.

# Politische Rundschau

## Der Rosenwechsel über den Entwaffnungs-Theater.

Im Nachstehenden bringen wir das Wesentlichste aus der Antwort der deutschen Regierung auf die sogenannte Ultimatum-Note der französischen Regierung vom 21. 12. 1920, die sich mit den einzelnen Beschlüssen der deutschen Regierung in der Entwaffnungsfrage befaßt.

Zu den Beschlüssen erklärt die deutsche Regierung u. a., daß die angeführten und beschlagnahmten Waffen- und Munitionsbestände nur die angeführten Gesamtzahlen durchlaufen worden sind. Aus den nicht beschlagnahmten, sich noch vorhandenen in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffenbestände [illegible] Gewehrschlosser, Pistolen und Revolver, sie dürfte nicht die Entwaffnung der einzelnen Bundesstaaten [illegible] Sie hätte an 23. Dezember ausführlich erklärt, daß sie nicht daran denke, sich der in Sachen Sicherungsmaßnahmen entziehen zu wollen, nur gestatten es die besonderen Verhältnisse in Ostpreußen und Bayern nicht, dort mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen wie in den übrigen Teilen des Deutschlandes.

Mit anderen Worten, die Regierung gesteht ihre ungeheure Ohnmacht gegenüber den monarchistischen Landesfürsten und Schrittmachern Horthys ein. Betreffs der von der Kontrollkommission geforderten Auslieferung der Artilleriematerials der Festungen Küstrin und Königsberg weist die deutsche Regierung auf ihre Note vom 24. Dezember hin, in der die Frage eingehend erörtert ist. In dieser Note begründet die deutsche Regierung ihre Weigerung betreffs der Auslieferung des Artilleriematerials dieser beiden Festungen mit einem möglichen Einmarsch der russischen Roten Armee! Also hat indirekt die Entente-Kreise gegen Sowjet-Rußland auf. Der Berliner Geschäftsträger Wicher Kopp der sozialistischen sozialistischen Sowjet-Republik erklärte dazu:

„Ich habe mit größtem Erstaunen von der Note der deutschen Reichsregierung Kenntnis genommen. Im Einvernehmen mit unserer Regierung erkläre ich ganz entschieden, daß der Vertrag des russisch-polnischen Friedensverhandlungen in Riga keinen Zweifel darüber läßt, daß der endgültige russisch-polnische Frieden in naher Aussicht steht. Die russische Sowjetregierung ist jedenfalls und aufrichtigen Friedenswillen beseelt und hat allen Grund an der Annahme, daß derselbe Wille auch bei der Gegenseite vorherrscht. Die Sowjetregierung wendet, Polen hat auch bei Verhandlungen gestatten müssen — es liegt kein Grund vor, von der Gefahr des feindlichen Vorgehens russischen Militärs und Polen zu sprechen.

Nach anderen Erklärungen erregt jener Teil der Note, der die Notwendigkeit der Besetzung der ostdeutschen Festungen mit Schwerartillerie mit angeblicher Bedrohung deutscher Grenzgebiete durch Rußland begründet. Festungsartillerie braucht man bekanntlich zur Abwehr eines eingedrungenen Feindes. Die deutsche Reichsregierung ist jedoch genau darüber unterrichtet, daß alle Gerüchte und Nachrichten über einen Einmarsch russischer Truppen in das deutsche Gebiet in naher oder kommender Zukunft auf böswilliger Erfindung beruhen. Als im Herbst vorigen Jahres die russische Armee an der deutschen Ostgrenze stand, hat die Sowjetregierung, bei der russischen Reichsregierung auf das peinlichste bestrebt ist, die Neutralität des Deutschen Reiches zu achten.

Ich erkläre also noch einmal mit aller Bestimmtheit: Sowjetrußland beabsichtigt die Herstellung des Friedens mit seinem Nachbarn als seine politische Aufgabe. Weder gegen Polen noch gegen das Deutsche Reich hegt es irgendwie geartete feindliche Absichten."

Der Schluß der deutschen Antwort-Note lautet:

„Die Deutsche Reichsregierung möchte nicht annehmen, daß in dem Protokoll von Spa Ausdrücke von Rußlands Verfassung gebraucht sollte. Die beschränkte Erklärung bei sich als nur möglich erweisen.

Das Wichtige ist erreichen.

Wenn die französische Regierung feststellt, daß die Zusagen von Spa nicht ferner aufrecht werden können, so stimmt die Deutsche Regierung bereits heute mit der Ansicht überein, daß die Bestimmungen nicht mehr aufrecht werden soll, ob sie lind den Bestimmungen nachkommt. Die Deutsche Regierung kann nur sagen, daß sie in vollem Bewußtsein ihr Bestes getan hat."

Sternen ist die Interalliierte Ueberwachungskommission für das Rheinland mit der Nota-Ordnung des deutschen Reichskanzlers nicht einverstanden und erklärte kürzlich am 22. Dezember die sogenannte Eine-Note an die deutsche Regierung, in den in a. q. feindliche, daß die angeschlossene Ordnungsmittel nicht ausreichend sei und die Sicherheitspolizei, verbraucht von einem Teil der früheren „Eisernen Reiter", die nicht zuverlässig Aufbau eine Verwendung zu haben habe, die sich nach den Bestimmungen des Artikels 160 des Friedensvertrages nicht weiterlegen lasse.

In ihrer Antwort behauptete man überzeugt die deutsche Regierung nicht der folgendes:

Der Ton, auch man die gegenseitig in den deutschen Ländern bestehende Ordnungspolizei entzieht ist, ist in gewissem Umfang und den Polizeiern der Kommunalverwaltungen entgegenzutreten.

Wenn die Alliierten nachträglich Bedenken gegen die, auch die verschiedenen Verfassungen bald ordnen sollen, daß ihre Auffassung Verfassungen erhalten zu müssen glaubte, in Bälde die deutsche Regierung erzeugten könnte, daß die Zusage von Spa erst Mißverstand, entweder, wenn sie nicht ausreichend, wenn sie nicht ausreichend Werk verdächtig worden sei, ist gleichfalls unbegründet.

Ferner ist der deutschen Friedensdelegation in Paris am 31. Dezember folgende Note der Botschafterkonferenz zugegangen:

„Unter Bez. 4. Dezember haben Sie der Konferenz eine Note überzeugt, worin die Deutsche Regierung sich gegen die Entscheidung wendet, die die interalliierte Militär-Kontrolle-Kommission über die Werke und die Bestimmung der Werke getroffen hat, die Deutschland nach Artikel 96 des Vertrages von Versailles an der Rüstfestigkeit unterhalten darf. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß nach gründlicher Prüfung der Frage die Botschafterkonferenz die Beweisführung der Deutschen Regierung in keiner Weise, weder in ihren Grundlinien noch in ihren Einzelheiten, gelten lassen kann. Die Konferenz hat daher beschlossen, die Entscheidungen der Kontrollkommission unverändert aufrecht zu erhalten. Die alliierten Mächte erwarten, daß unter diesen Umständen die Deutsche Regierung sich nicht länger der Ausführung einer Entscheidung widersetzen wird, die aus die gerechte Anwendung einer der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages darstellt."

Das wäre somit das Richtigste aus dem ganzen Notenwechsel. Es ganz nach dem Geschmack Englands ist es nicht gewesen. Man ist von der Schärfe der „Berliner Offen" sehr überrascht und englischerseits wird erwogen, diese Militärkommission der Kontrolle der Botschafterkonferenz zu unterstellen, damit man sie nicht plötzlich vor derartigen Ereignissen stehe, sondern genügend vorbereitet werde. Die Engländer verlangen daß eine genauere Prüfung der Frage und wünschen, daß nicht überstürzt werden. Man glaubt deshalb, daß die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Italien und Belgien und den japanischen Botschafter in Paris nicht vor Ende kommenden Monat ins Auge gefaßt werden könne. Die Angelegenheit sei ja erst, um von der Botschafterkonferenz beraten zu werden, sie müsse den Obersten Rate überwiesen werden.

Interessant sind auch die englischen und französischen Pressestimmen zur Entwaffnungsfrage. Ausführlich zu die Worte des Generals von Seeckt in dem Tagesbefehl an die Reichswehr: „Wir wollen den Schwert scharf, den Schild blank halten", schreibt die „Liberte", „wenn dem geschliffenen Schwert nicht nur noch das treueste Hutzer, um an Wilhem II. zu erinnern. Der Tagesbefehl beweise, daß die Reichswehr als Grundlage für eine nationale Heer aufgefaßt werde. Hundertzwanzig Mann seien eigentlich viele Offiziere und Unteroffiziere, die, wenn der Tag gekommen sei, die verschiedensten Polizeiorganisationen wie die „Orgesch" und „Orka" aufnehmen könnten."

Im „Petit Journal" heißt es: „wenn die Sachverständigen erkennen würden, Deutschland sei im Innern nicht genügend verteidigt, dann würde man vielleicht eine Polizei bewilligen. Allerdings dürfte man die Sache nicht so pessimistisch beurteilen, denn tatsächlich ist Deutschland schon jetzt mehr entwaffnet, als es jemals seit dem Dreißigjährigen Krieg gewesen sei. Dieses angeblich Reich habe weniger Soldaten und Kanonen als Großbritannien und Portugal."

Im Gegensatz dazu schreibt der englische „Daily Chronicle" in seinem Leitartikel: „Bayern und Ostpreußen seien die zwei Gebiete, wo die deutschen Militärchefs ihre Kräfte konzentrieren, um wieder die Regierung in Zweifel zu ziehen. Die ablehnende Haltung der Berliner Regierung in der Entwaffnungsfrage ist weniger auf bösen Willen als auf Furcht zurückzuführen. Die Alliierten müßten es bedenken. Deutschland, Zeit, [illegible] zu verzögern, aber damit sei nicht gesagt, daß man angesichts der deutschen Rüstungen im Ernstfall zu

Ein Christus, lang und gespenstertlaß,
Hängt zerfetzt und zerstochen von Eisen und Stahl
Noch am letzten Nagel vom Kreuz seiner Qual.
Das Altarkreuz, dem das Heiligste weicht,
Von Hauptlich fällt er, von Lästerung entblößt,
Und Antlitz schlägt man die Heiligen zur Erde —
Und durch Kriegsschiff das Kirche, die Schwerter rasseln.
Klüsserall liegen die Heiligenbilder,
Die heiligste Stätte ist Stunn geworden.
So blühen unter dem Eisenwalzen
Blumen von Mord und Verwüstung auf.
Tod lockt sie die Stadt den alten und neuen,
Ein Goldland, schaumschlägerunternehmen,
Quell und sie der eigenen Krone Schein
Entdeckung u. die neuende Tonnen binden
Und Zyklonen und Wirbeln in gebrochen Land
Brauen Leben in Tod und neuen Brand.
Doch es augenblicklang
Erscheint, als wäre der Bahn erstickt.
Der Luftraum gewittert
Und der Rauch in gerauschenden Flügelschlägen
Wutschnaubend den hohen Himmel hinan.

Töten, um jung und neu zu erstehen?
Nicht aus eigene Leben sich kümmert?
Blindigen — aber die Eisen sich gewaltsamer?
Und so nun grüne die Freiheit, ob sei:
Geist, so nicht sieg durch die Tat, verzweifelt.
Die abendsonnenrote, geistesentzündeten
Morgenerstrahlungen, friedlichenreiche
Tag, die kommt.

# Denkt an die politischen Gefangenen!

Von unsern Flensburger Genossen erhalten wir folgenden Nachruf:

Durch seige Mörderhand wurde unser Genosse

## Paul Hoffmann

in der Nacht vom 18. zum 19. Dezember zu [illegible]. Er hat es eingesehen, unsere Bewegung [illegible] Genossen zu verraten und wurde auf Grund einer genauen Beobachtung [illegible] Nachts aus dem Bett gerissen und in [illegible] Kolonne, wie es wenigstens andere Zeugen [illegible] auf der Flucht erschossen.

In seinem Sinne werden wir weiter an seiner und für Arbeiter in Ehren halten.

ADZ. Flensburg
SPD. Flensburg u. Umgegend

daran denken, die verbrecherischen Waffen aus Kiel [illegible] zu fördern; das wird im [illegible] Augenblick eine neue Arbeiterschaft erfolgen müssen.

## Die Rohbach-Banditen.

Die „Rote Fahne" ist in der Lage, ein Skandal der Politischen Mordorganisation Rohbach zu veröffentlichen, [illegible] Genossen zum Tagesbefehl an Mensch. Wie [illegible] man die internationale Stelle, und das die Sozialdemokratie der illegalen bewaffneten Organisation des Bürgertums zum Feindesse [illegible].

Das [illegible] Politische [illegible] Stimmen bringen. Die [illegible] Zeit wird uns und unsere Bündnisse [illegible]. Schlagt die aber in [illegible] wie [illegible] [illegible] Rohbach [illegible].

Das [illegible] Mitte und die [illegible] Partei unseren [illegible] über 1000 Mann starken Gesellschaft, [illegible] bei [illegible] Mitgenossen [illegible] Mitbesitz [illegible] Gewerkschaftsbund des Bürgertums [illegible] Gesetzes [illegible].

Wir fordern [illegible] Rohbach [illegible] Stimmen [illegible]

statt eines drei Parteitage weiterlagten. Die Kommunisten, die ja nun die Mehrheit darstellten, tagten in dem bisherigen Sitzungslokale weiter, die Gruppe Longuet, die das Zentrum darstellte, im Rathaus, und die Rechte — in der Freimaurerloge. Daraus ist zu entnehmen, daß im ersten Moment die Longuet-Gruppe nicht fähig war, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die Longuet-Gruppe, die die USP.-Richtung verkörperte, beschloß einstimmig aus der alten Partei auszuscheiden. Darauf machte ihr die Rechtsgruppe den Vorschlag, mit ihr zusammen eine neue Sozialistenpartei zu bilden. Der Vorschlag wurde angenommen und brüderlich vereint zogen die französischen Hilfeärzte und Scheidemänner weiter. Jedenfalls war das eine Klärung der Lage. Die USP. täte gut daran, sich dieses Beispiel zum Vorbild zu nehmen und in den Schoß der allein-seelig-machenden Mehrheitssozialdemokratie zurückzukehren, anstatt mit ihren kleinerlichen Revolutions-Phrasen die Arbeitergehirne zu vertoren.

Eine Attraktion des französischen Parteitages in Tours war das plötzliche und geheimnisvolle Erscheinen von Klara Zetkin, der die französische Regierung das Visum für die Einreise nach Frankreich verweigert hatte. Sie war im Besitze eines Mandats des Exekutivkomitees der 3. Internationale für den Parteitag in Tours und erschien gerade während der Rede von Frossard. Nach Schluß ihrer Ausführungen verschwand sie genau so geheimnisvoll, wie sie gekommen war. Darüber wütet die französische Kammer. Einen Sturm von Interpellationen mußte Minister Steeg, der französische Minister des Innern, wegen dieses Vorfalls über sich ergehen lassen. Daraufhin legte dieser gepfeffte Mann sofort einen Gesetzentwurf vor, nach dem Personen, die die französische Grenze ohne Paß überschreiten, mit einer Gefängnisstrafe von drei bis sechs Monaten belegt werden. Dieser Gesetzentwurf wurde natürlich auch prompt angenommen.

Der Parteitag in Tours hat gezeigt, daß immer breitere Massen der Arbeiterschaft sich klar werden, daß der Entscheidungskampf des Proletariats einzig und allein nur durch die Kampfmittel des revolutionären Klassenkampfes entschieden werden kann, und die verräterische Politik der Opportunisten nur eine Stütze der sterbenden kapitalistischen Gesellschaft ist. Und diese Gesellschaft kann nur beseitigt werden durch gewaltsame Uebernahme der Macht durch das Proletariat.

## Anschluß der luxemburgischen Sozialisten an Moskau.

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Luxemburg meldet, hat der luxemburgische sozialdemokratische Parteitag mit 97 gegen 21 Stimmen den bedingungslosen Anschluß an die Dritte Internationale angenommen. Die Extremisten, die mit 21 Stimmen den bedingungslosen Anschluß beantragt hatten, traten aus der Partei aus und bildeten eine neue: die kommunistische Partei Leninescher Richtung. Marc Fetzin erschien auf dem Parteitag und trat für den bedingungslosen Anschluß ein.

Näheres zu dieser Meldung kann erst gesagt werden, wenn der Inhalt der Vorbehalte bekannt ist, die die Mehrheit gemacht hat.

# Sowjet-Rußland

## Das Donezbecken.

Die ganze Aufmerksamkeit Rußlands muß sich jetzt auf das Donezbecken richten.

Aus diesem Anlaß gibt Gen. Podalchowski in der Nummer 264 der „Iswestja W. Z. I. K." vom 24. November einen geschichtlichen Ueberblick über die Ausbeutung der Naturschätze des Donezbeckens.

Das zurückgebliebene Rußland stand auch in der Kohlenproduktion vor dem Kriege an siebender Stelle. Dem Reichtum des Donezgebietes wandte es erst im Jahre 1889 seine Aufmerksamkeit zu. Damals wurden im ganzen jährlich nur 877 000 Pud gefördert. Bei diesen bescheidenen Ziffern wäre es unzweifelhaft lange geblieben, wenn nicht die liebenswürdigen Ausländer zu Hilfe gekommen wären. Unter ihrer geneigten Mitwirkung stieg die Ausbeute im Jahre 1913 auf 1 561 Mill. Pud und im Jahre 1914, das teils Friedens-, teils Kriegsjahr war, stieg sie sogar auf 1 683 Mill. Pud. Das ausländische Kapital wußte, wo es ansetzen mußte, um sich im Frieden unbeutig des Donezbeckens zu bemächtigen. Und es ging nicht, es floß dahin. Es genügt zu erwähnen, daß 70 Prozent der Donezindustrie Herren aus Frankreich, Belgien, England und Amerika gehörten.

Das Donezbecken ist tatsächlich der Behälter fabelhafter Reichtümer. Sein Gebiet umfaßt 24 000 Quadratwerst. Die Renovosskiser Gesellschaft, die allein über 20 746 Deßjatinen (ungefähr 210 Quadratwerst) verfügte, besaß einen unbaren Grundstock von 653 Milliarden Rub. Im Donezgebiet gibt es außer einem unerschöpflichen Vorrat an Steinkohlen noch ausgezeichnete Sorten von Anthrazit; aus ihm werden alle Arten von Erdöl bereitet; ferner gibt es dort noch Eisenerze, Manganerze und Salzlager. Neben der Metallgewinnungsindustrie ist noch die Metallverarbeitungsindustrie entwickelt. Unbedeutend ist bei uns die Verarbeitung der sogenannten Nebenprodukte. Im Jahre 1915 gelang es, an Nebenprodukten zu erhalten: 1 160 000 Pud Steinkohlenöl, 550 000 Pud schwefelsaures Ammoniak, 280 000 Pud Benzin, 1 Million Pud Kreosot, 54 000 Pud Salmiakgeist, 10 000 Pud Naphtalin; in demselben Jahr wurden gewonnen 134 000 Pud Glas, fast 8 Millionen Pud feuerfester Ton, und 3 Millionen Pud Granit, ungefähr 5 Millionen Dolomit, 66 Millionen Pud Kalkstein, 2 Millionen Pud Magnesit. Dasselbe Jahr 1916 gab 1½ Millionen Pud Quecksilber, 74 000 Pud Graphit und über 150 000 Pud Edelfeldspat. Und die Landwirtschaft des Donezbeckens? Und der Weinbau?

Der Autor des Artikels, der alle diese Naturschätze in Betracht zieht, nennt das Donezbecken die Achse, um die sich der ganze Wirtschaftsplan Sowjetrußlands drehen muß.

Aber wie sich all der Reichtümer des Donezbeckens bemächtigen? Diese Frage darf nach Meinung des Autors nicht in Moskauer oder Charkower Kanzleien entschieden werden, sondern an Ort und Stelle.

Der erste Schritt wurde schon gemacht.

In diesen Tagen besichtigte das Donezbecken die besonders „bevollmächtigte Kommission für das Donezbecken beim Rat der Volkskommissare" unter der Leitung des Genossen Trotzky. Eine Woche früher bereiste zu dem gleichen Zweck eine Kommission des ukrainischen Rates des Volkskommissare mit dem Genossen Rakowski an der Spitze das Donezbecken. Die Reise dieser Vertreter der Zentren setzte mit einem Male den siechenden und schon in Fäulnis übergegangenen Sumpf der Donezindustrie in Bewegung. Genosse Trotzky besuchte eine Reihe von Unternehmungen, besichtigte die Maschinenräume, beobachtete die gesundheitliche Arbeit an den Werkbänken, die Arbeit der Hetzer, interessierte sich für alle Kleinigkeiten der technischen Produktion, fuhr persönlich in den Schacht ein, wo er drei Stunden verweilte und mit den Grubenarbeitern sich unterhielt. Er interessierte sich für alle Einzelheiten ihres Sträflingsdaseins, sah sie, wie sie barfuß im Wasser waten, mit nackem Bauch im Stollen liegen, wo sie weder stehen noch sitzen können. Unter seinem Vorsitz fanden eine ganze Reihe von Versammlungen statt, auf denen lebende Arbeitsmänner, ohne rhetorischen Prunk, von ihren heutigen, allen sichtbaren Angelegenheiten sprachen, nur Tatsachen berichteten, nur Ziffern anführten. Und der Eter wurde bei den Hörnern gefaßt. Es wurde das Wichtigste, die Sorgstellung der Bedürfnisse gemacht und in einer langen Reihe jedem sein Platz angewiesen. Das muß heute gesucht werden, das hat bis morgen Zeit, und das dritte kann eine Woche warten.

Womit muß man anfangen? Beginnen muß man mit der Verpflegung. Die Maschinen sind abgenutzt, es mangelt an Ersatzteilen usw.; Darüber wird morgen die Regierung sprechen. Heute sprechen wir nur über die Verpflegung; denn im Donezbecken ist die lebende Maschine, der Mensch, abgenutzt. Das Brot reicht nicht für ihn, er hat kein „Heizmaterial", Fette usw.

Bei der Kohlenförderung unten den jetzigen Bedingungen entwickelte der Donezarbeiter übermenschliche Ausdauer, überproletarisches Bewußtsein. Mehr kann man nicht fordern. Damit aber unsere Kohlenkampagne nicht verspielt werde, müssen wenigstens die minimalsten Verpflegungsbedingungen für die Donezarbeiter geschaffen werden.

## Preußische Barbarei gegen russische Rotgardisten.

Aus einem Bericht unserer Königsberger Genossen entnehmen wir folgende Tatsachen:

Im Internierten-Lager Preußisch-Holland (Ostpreußen) herrscht der unverfälschte alte Geist preußischer Schikane und Knutenherrschaft. Den russischen Gefangenen sind Versammlungen, in denen sie über ihre Lage und über die Mißstände im Lager sprechen wollten, verboten. Um zur gewohnten Frechheit auch noch die gewohnte preußische Verlogenheit zu fügen, schob man für dieses Verbot den Chefarzt vor: Rücksicht auf den Gesundheitszustand der meist kranken oder verpumpten Internierten. Als ein Transport aus dem Lager abging, wollte man selbstverständlich zum Abschied die Internationale singen — verboten! (Ist die Internationale gesundheitsstörend? Vielleicht für deutsche Bewachungsmannschaften, die sie hören.) Broschüren und Zeitungen, die unsere Genossen bei ihrem ersten Besuch mitgebracht hatten, waren gleich nach ihrem Weggehen fortgenommen worden. Die Preußen im Lager Preußisch-Holland stehlen also, stehlen den Internierten, den Kranken, den Verwundeten ihr geistiges Brot. Die russischen Genossen sollen wohl zur Aufstellung eines Gesundheitszustandes „Herzblättchens Heilbetriebs" lesen? Aber freilich: russische konterrevolutionäre Hetzblätter können in Massen im Lager verbreitet werden. In preußischer Sprache heißt das bekanntlich: es darf im Lager keine Politik getrieben werden.

Die Ironie verlässt einen aber, wenn man das Folgende hört: Im Lager Preußisch-Holland sind in kurzem Abstand nacheinander zwei Internierten-Frauen niedergekommen. Daß das erste Kind bei der Lager-Kommandantur nach das Nötige besorgt; das zweit aber hatte das Unglück, daß Vater und Mutter Kommunisten waren — deshalb wurde für Mutter und Kind gar nichts getan. Die Mutter ließ man mit 41 Grad Fieber in der Baracke liegen, anstatt sie ins Krankenhaus zu schaffen. Für das Kind haben unsere Genossen das Nötige beschafft — sicher zum Behagen des ehrlichnischen Lagerkommandanten, der — wie die Ehrentreubilit überhaupt — an der Existenz von Kommunisten-Kindern kein Interesse hat.

Noch etwas anderes ist allerdings aus dem uns vorliegenden Bericht bemerkenswert: als unsere Genossen ihren ersten Besuch in Preußisch-Holland machten, war wenigen Wochen erst, da hatte sich noch niemand um die russischen Genossen gekümmert, außer dem Vertreter einer amerikanischen Union. Wo blieb die großmächtige Kommunistische Massenpartei, die KPD?

## Sammelt für die Rotgardisten

## Mitteilungen

### Für die Rotgardisten!

Es gingen ein:

| | |
|---|---|
| Wirtschaftsbezirk Rhein: | |
| Von Erwerbslosen | 25,10 Mark |
| Sammlung Appenweier | 191,— „ |
| Sammlung bei Neuselbe und Lüßnitz | 75,— „ |
| Sammlung bei Naturfreunden | 65,— „ |
| | 356,10 „ |
| dazu | 8 897,42 „ |
| | 9 253,52 Mark |

Der Hauptkassierer.

Arbeitslose Genossen zum Betrieb von Schriften usw. gesucht.

Persönliche Meldungen wochentags, nachm. 2—6 Uhr im Laden Willy Mah, Mitstr. 5, Nähe Schönhauser Allee.

### Warnung!

Der ehemalige Genosse, der Arbeiter Paul Hoffmann aus Bauen, Gartenstr. 36, hat Parteigelder unterschlagen und einem unserer Genossen Betriebungsstücke gestohlen.

Sämtliche Parteidrucksachen werden um Abdruck gebeten!

Komm. Arb.-Part. Deutschl. (Wirtschaftsbez. Spandau-Osthavelland).

Vor dem Flüchtling Georg Behrens wird gewarnt. Derselbe hat einen Ausweis bei sich, unterzeichnet von der KAU, Hamburg, KPD. Bilsed und Flensburg. Er gibt an, aus Altstettin zu sein. Behrens hat sich bei Bertrauen unserer Stettiner Genossen erschlichen. Zum Dank dafür, daß sie ihm Geld, Wohnung und Verpflegung gaben, behielt er seine eigenen Wertsachen. Falls der B. irgendwo auftauchen sollte, bitten wir die Papiere desselben auf ihre Echtheit zu prüfen, sie ihm abzunehmen und an uns einsenden zu wollen.

Beschreibung: 27—28 Jahre alt, blond, blaue Augen, 1,70 groß, kräftige Figur.

Es sind folgende Nummern der Kampfpfand-Listen verloren gegangen:

Vom 4. Bezirk: 515, 0803, 0806, 0809, 0880, 0781, 0789.
Vom 11. Bezirk: 2007, 2618, 2622.
Vom 18. Unterbezirk: 3875—78, 4010, 4016.

### Versammlungskalender:

13. Bezirk. Sonntag, den 8. Januar, vormittags 9 Uhr in Königs-Wusterhausen Bezirksversammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Bezirksleitung.

Erscheinen aller Gruppen ist notwendig!

Ortsgruppe Gautsch-Crotch b. Leipzig (Wirtschaftsbez. Mitteldeutschland). Versammlung jeden 1. Freitag. Diskussionsabend jeden 3. Freitag im Monat. Verkehrslokal Restaurant „Erholung", Gautsch, Kirchweg 1.

Verantwortlicher Redakteur: Kunze, Berlin
Druck und Verlag der S. A. P. D., Berlin.

### Achtung! Genossen aus Hannover!

Die regelmäßigen Mitglieder-Zusammenkünfte finden bis auf weiteres jeden Freitag nach dem 1. u. 15., abends 7½ Uhr, in der „Alten Börse" statt; die regelmäßigen Sitzungen zum Abschied die Internationale singen — verboten! (Ist die Internationale gesundheitsstörend? Vielleicht für deutsche Bewachungsmannschaften, die sie hören.) Broschüren und Zeitungen, die unsere Genossen bei ihrem ersten Besuch mitgebracht hatten, waren gleich nach ihrem Weggehen fortgenommen worden. Die Preußen im Lager Preußisch-Holland stehlen also, stehlen den Internierten, den Kranken, den Verwundeten ihr geistiges Brot. Die russischen Genossen sollen wohl zur Aufstellung eines Gesundheitszustandes „Herzblättchens Heilbetriebs" lesen? Aber freilich: russische konterrevolutionäre Hetzblätter können in Massen im Lager verbreitet werden. In preußischer Sprache heißt das bekanntlich: es darf im Lager keine Politik getrieben werden.

Die Ironie verlässt einen aber, wenn man das Folgende hört: Im Lager Preußisch-Holland sind in kurzem Abstand nacheinander zwei Internierten-Frauen niedergekommen. Daß das erste Kind hat der Lager-Kommandant nach das Nötige besorgt; das zweite aber hatte das Unglück, daß Vater und Mutter Kommunisten waren — deshalb wurde für Mutter und Kind gar nichts getan. Die Mutter ließ man mit 41 Grad Fieber in der Baracke liegen, anstatt sie ins Krankenhaus zu schaffen. Für das Kind haben unsere Genossen das Nötige beschafft — sicher zum Behagen des ehrlichnischen Lagerkommandanten, der — wie die Ehrentreubilit überhaupt — an der Existenz von Kommunisten-Kindern kein Interesse hat.

Noch etwas anderes ist allerdings aus dem uns vorliegenden Bericht bemerkenswert: als unsere Genossen ihren ersten Besuch in Preußisch-Holland machten, war wenigen Wochen erst, da hatte sich noch niemand um die russischen Genossen gekümmert, außer dem Vertreter einer amerikanischen Union. Wo blieb die großmächtige Kommunistische Massenpartei, die KPD?

Aus 1. Hunder erscheint:

## „Der junge Genosse"

Internationale Zeitung für Arbeiterkinder.
Ausgabe für die deutschsprachigen Länder.
Herausgegeben vom Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Jugendinternationale.
Schriftleiter: Edwin Hoernle.

Die Zeitung erscheint regelmäßig am 1. und 15. jeden Monats im Umfang von 8—12 Seiten. Durch einen gediegenen Inhalt und gute bildliche Ausstattung wird das neue Organ sicher sich bald zahlreiche Freunde unter der Jugend des revolutionären Proletariats finden. Um die Auflage festzustellen, werden die Genossen aus Gewerkschaften, besonders aber die Leiter von Kindergruppen, Sonntagsschulen, Elternvereinigungen und Mütterbeiräte gebeten, sofort die Zahl der gewünschten Exemplare anzugeben. Der Preis der Einzelnummer wird sich auf etwa 30 Pfg. belaufen. Für Organisationen Ermäßigung. Bestellungen sind zu richten an den Verlag „Der junge Genosse" (Fritz Kraßner, Berlin N. 113, Schönhauserstraße 9).

Nr. 161.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint täglich w. Sonnt. — Preis in Berlin ab 20 Pf. pro Nummer. — Zu beziehen durch die Bezirks-Sekretäre der Partei und die Ortsgruppenleiter. — Postscheckkonto Berlin 7001 p. 4001.

Redaktion u. Expedition Berlin SW 48, Alte Jakobstr. 32 IV
Geöffnet täglich außer Montags von 2—6 Uhr nachmittags

Verantwortlich nach gesetzlichen Bestimmungen für Deutschland 400 Mk., alle Länder 700 Mk. monatlich; nach dem Ausland unter Streifband 600 Mk., unter Kreuzband oder Brief 800 Mk. monatlich vorausbezahlt.

## Kapitalistenfreude über den wirtschaftlichen Reichtum Rußlands und die Aufgabe der Arbeiterschaft.

(E. J.) Krassin, der Ingenieur W. B. Bandelip — der, wie bekannt, im Auftrage eines amerikanischen Kongerns in Rußland weilte und mit der Sowjet-Regierung Verträge abgeschlossen hat — letzte soeben nach den Vereinigten Staaten zurück und griff die Regierung heftig an, weil sie die Handelsbeziehungen mit Rußland immer noch nicht aufgenommen habe.

„Wenn hunderttausende von amerikanischen Arbeitern in diesem Winter hungern und arbeitslos sind, — wenn die Betriebe stillegen und das ganze Geschäftsleben gelähmt ist —, so liegt die Schuld darum an jener kleinen Gruppe kurzsichtiger Männer in Washington, die ihre eigenen Gründe haben, die Handelsbeziehungen mit Rußland nicht aufzunehmen. Rußland kann soviel Ware aufnehmen, daß jeder Mann in den Vereinigten Staaten Beschäftigung hätte. Jede Fabrik könnte sofort zu arbeiten beginnen, wenn die Regierung für den Handel mit Rußland die folgenden Erleichterungen bewilligen würde: Postverbindungen, Einrichtungen von Kabel- und Funkentelegraphie, die Erlaubnis zu Bankverbindungen, zur Einfuhr russischen Goldes, die Aufhebung oder wenigstens die Erleichterung der Paßschwierigkeiten und freie Seeverbindung.

Wir brauchen keinen Gesandten in Moskau, und wir brauchen die Nichtanerkennung nicht aufzugeben, aber wir brauchen „business" (Geschäft) mit ihr. Und Rußland hat 700 Millionen Dollars in Gold; in den Häfen des Schwarzen Meeres lagern 800 000 Tonnen Manganerz. Es verfügt über Pelze im Werte von 50 Millionen Dollar. In den Oelfeldern von Baku und Batum hat die Produktion bereits 80 Prozent ihres Vorkriegsstandards erreicht; Rußland kann und darum genug Oel geben, um uns in Stand zu setzen, mit England zu konkurrieren und auf dem Londoner Markt Gasolin für ½ des englischen Preises verkaufen zu können. Mit Hilfe der russischen Oelquellen können wir Frankreich, Holland und Deutschland mit Petroleum versorgen, mit seinem Reichtum an Holz unsere Papiermühlen ein für allemal beseitigen.

Ich bin erfreut, daß die amerikanischen Arbeiter für die Handelsbeziehungen mit Rußland tatkräftig eintreten und auf diesem einzigen Wege das russische Problem zugleich mit den eigenen lösen."

Die Freude des amerikanischen Milliardärs über das Auftreten der amerikanischen Arbeiter gegenüber der Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Sowjet-Rußland ist wirklich rührend — er hofft mit Hilfe der Arbeiter sich seinen Profit garantieren zu lassen. Diese Meldung ist doppelt lehrreich:

erstend geht aus ihr, wie aus all den vielen kleinen und größeren Meldungen über Abschlüsse und bevorstehende Abschlüsse mit Rußland hervor, daß der Kapitalismus sich angesichts der aufsteigenden Weltkrise nicht mehr retten kann und sich gesund machen will — an Sowjetrußland!

Daraus resultiert aber zweitens, daß es Aufgabe der Arbeiterschaft aller Länder ist, dafür zu sorgen, daß diese Mitwirkung des ausländischen Kapitalismus am Aufbau des kommunistischen Rußlands — groteske Vorstellung! — nicht zum Verhängnis für die Arbeiterschaft der betreffenden Rußland beliefernden Länder wird. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die Produktion für Rußland unter Kontrolle der Arbeiterschaft gestellt wird — die Arbeit für Rußland darf nicht einschläfernde Beruhigungsarbeit — sie muß Klassenkampfarbeit werden!

Daraus müssen sich vor allem auch die deutschen Arbeiter vorbereiten — denn über kurz oder lang dürfte auch die deutsche Industrie in weitestem Maße sich an dem russischen „business" beteiligen wollen.

Genossen, die Schuld des westeuropäischen Proletariats ist es, daß Rußland zu dem Exzesse der Konzessionen greifen müßte — macht das insoweit wieder gut, als ihr Rußland vor Uebervorteilung schützt, empfindet mit jedem Hammerschlag, den ihr für Rußland tut, die Verpflichtung, die Revolution in Deutschland weiter zu treiben — der Lohn, den ihr bekommt für eure Arbeit an Maschinen, die für Rußland arbeiten, darf euch nicht schlafen lassen! Auch die Arbeit für Rußland bleibt ganz Kapitalistenfrau!

## Eisenbahner! Worauf wartet Ihr noch?

## Antwort an die VKPD.

In der „Roten Fahne" vom 7. Januar veröffentlicht die Zentrale der VKPD. einen „Offenen Brief" an alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen, in dem sie zu einer gemeinsamen Aktion für bestimmt formulierte Forderungen aufruft; sie erwartet Antwort bis zum 13. Januar.

Die VKPD. soll unsere Antwort rechtzeitig haben. Niemand soll uns nachsagen können, daß wir um eine Aufforderung zum Kampf uns herumgedrückt hätten.

Der „Offene Brief" ist gerichtet an

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,
Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände,
Allgemeine Arbeiter-Union,
Freie Arbeiterunion (Syndikalisten),
Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Unabhäng. Sozialdemokratische Partei Deutschlands
und an unsere Partei.

Diese Organisationen sollen sich zusammenfinden zu „unmittelbar zu beginnenden, im einzelnen noch näher zu besprechenden Aktionen".

Hierzu ist, vor allem andern, zu sagen: Wir lehnen es ab, mit Gewerkschaftsbund, Afa, SPD., USPD. uns zu irgend etwas zusammenzufinden und irgend etwas mit ihnen zu besprechen — es sei denn im Rahmen eines revolutionären Tribunals, vor dem die Führer und Unterführer dieser Organisationen sich wegen Arbeiterverrats, Mordes von Klassengenossen, Sabotage der Revolution und zahlloser anderer schwerer Verbrechen zu verantworten haben.

Müßten wir annehmen, daß die Einladung der VKPD. an die sozialdemokratischen Kapitalskakaien und ihre unabhängigen Helfershelfer, an die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbürokratie und ihre Trabanten von der Afa ernstgemeint wäre, so wäre damit die ganze Angelegenheit für uns erledigt. Aber wir wollen annehmen, daß diese Einladung eigentlich an diejenigen Arbeiter gerichtet ist, die diesen Organisationen nur noch aus träger Gewohnheit angehören, und daß die KPD. sich einbildet, diese Arbeiter auf diesem Wege von ihren Organisationen losreißen zu können. Sie will sich nicht mit den konterrevolutionären Instanzen zusammenfinden, sondern mit gutwilligen, unentschlossenen, schwankenden und unklaren Arbeitern.

Da dies so ist, und da die von der VKPD. aufgestellten Forderungen eine solchen Absicht entspringen, müssen wir uns innerhin auch mit diesen Forderungen selbst beschäftigen. Sie lauten:

I. a) Einleitung von einheitlichen Lohnkämpfen zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Verbindung der einzelnen Lohnkämpfe der Eisenbahner, Beamten und Bergleute, sowie der anderen Industrie- und Landarbeiter zur geschlossenen Aktion.

b) Erhöhung aller Renten und Pensionen der Kriegsopfer, Rentner und Pensionäre entsprechend der geforderten Lohn- und Gehaltssätzen.

c) Einheitliche Regelung der Arbeitslosenfürsorge für das ganze Reich auf der Grundlage der Verbierfte der Vollschichtigen.

Belastung des Reiches mit der Unterstützung unter gerechtfertigter Heranziehung des Kapitals für diese Zwecke.

Kontrolle der Arbeitslosen durch besondere Arbeitslosenräte in Verbindung mit den Gewerkschaften.

II. Maßnahmen zur Verbilligung der Lebenshaltung, nämlich:

a) Abgabe verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niederen Gehaltsempfänger (Rentenempfänger, Witwen-, Waisengeldempfänger usw.) unter Heranziehung der Konsumvereine und unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Bereitstellung der Mittel dafür durch das Reich.

Wiedereinsetzung aller stillgelegten Betriebe, soweit sie Bedarfsgegenstände herstellen; Verteilung dieser so hergestellten Gegenstände nach den Grundsätzen zu II a.

b) Sofortige Beschlagnahme aller zur Verfügung stehenden bewohnbaren Räume mit dem Recht nicht nur gleichzeitiger Raumverteilung kleiner Familien aus großen Wohnungen oder gar Häusern.

III. Maßnahmen zur Bereitstellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen:

a) Kontrolle aller vorhandenen Rohmaterialien, Roh- und Düngemittel durch die Betriebsräte.

b) Kontrolle der Herstellung, der Preise und des Vertriebs aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch Orts- und Kreisbauernräte in Verbindung mit den Landarbeiterorganisationen.

IV. a) Sofortige Entwaffnung und Auflösung aller bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und Bildung proletarischer Selbstschutzorganisationen in allen Ländern und Gemeinden.

b) Amnestie für alle Delikte, die aus politischen Motiven oder aus Gründen der bestehenden allgemeinen Not begangen wurden. Freilassung aller politischen Gefangenen.

c) Aufhebung der bestehenden Sterilbertbote.

d) Sofortige Aufnahme der Handels- und diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland.

Der „Offene Brief" fügt hinzu: „Wir fragen die Parteien, an die wir uns wenden, nicht: Haltet ihr diese Forderungen für berechtigt, das sehen wir voraus. Wir fragen sie: Seid ihr bereit, gemeinsam mit uns für diese Forderungen unverzüglich den rücksichtslosesten Kampf aufzunehmen? Auf diese klare und eindeutige Frage sehen wir einer ebenso klaren und eindeutigen Antwort entgegen".

Hier unsere klare und eindeutige Antwort:

Die Zentrale der VKPD. hat übersehen, daß noch eine dritte Frage möglich ist, nämlich die Frage: sind die aufgestellten Forderungen überhaupt historisch richtig und politisch sinnvoll? Diese Frage stellen wir und verneinen sie.

Die aufgestellten Forderungen mögen vielleicht eine große Anzahl proletarischer Kräfte aus allen Parteien

## Metallarbeiter-Streik in Brandenburg a. H.

Wie aus Brandenburg a. H. gemeldet wird, sind dort in allen Industrien der Metallbranche die Metallarbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich um etwa 5000 bis 6000 Ausständige, die Lohnforderungen in Höhe von 100 und mehr Prozent gestellt hatten.

## Der Gruß des 8. Allrussischen Sowjet-Kongresses an die russischen Kriegsgefangenen und Internierten.

Moskau, Januar 1921 (via Christiania). „Rasha Wien":

„Der Allrussische Sowjetkongreß, der seine Arbeiten, in einem Moment des entscheidenden Sieges über die Kräfte der Konterrevolution und des Anfangs eines höchstherrlichen Aufbaues beendet, sendet an alle Genossen, die unter schweren Bedingungen in fremdländischer Gefangenschaft schmachten, seine brüderlichen Grüße! Das arbeitende Sowjetrußland wird von allen Maßregeln Gebrauch machen, welche Eure Lage bessern und die Stunde der Befreiung aus kapitalistischem Joch und der Heimkehr beschleunigen können. Der Kongreß ist überzeugt, daß diese Stunde naht, und daß die Kriegsgefangenen und Internierten bald ihren Platz in den Reihen der Erbauer des Kommunismus einnehmen werden. Der Kongreß stellt es den Zentralexekutivkomitee der Sowjets zur Pflicht, über die zur Besserung stehenden Maßnahmen zur Heimbeförderung der Kriegsgefangenen und Internierten dringend zu entscheiden und den entsprechenden Sowjetorganen Weisungen zu geben."

## Volkswohlfahrt in Sowjet-Rußland.

Moskau, Januar 1921. (Via Christiania) „Rosta Wien". Das Kubansche revolutionäre Komitee hat an der Küste des Schwarzen Meeres fünf „Häuser der Arbeitsruhe" (Arbeitersanatorien) eröffnet, die alle erholungsbedürftige Arbeiter Zentral- und Nordrußlands unentgeltlich aufgenommen werden.